GRÜNE Schweiz
Miro Poffa
Waisenhausplatz 21
3011 Bern

miro.poffa@gruene.ch
031 326 66 12

Eidgenössisches Department für Umwelt,
Verkehr, Energie und Kommunikation UVEK
Bundeshaus Nord
3003 Bern

Per Mail an: konsultationen@bav.admin.ch

Bern, 6. Oktober 2026

Vernehmlassung zur Vorlage zur verkehrsträgerübergreifenden Bewältigung der Mobilitätsbedürfnisse: Verkehr ’45; Vernehmlassungsantwort

Sehr geehrter Herr Bundesrat,
sehr geehrte Damen und Herren

Im Zusammenhang mit der im Titel erwähnten Vernehmlassung haben Sie die GRÜNEN zur Stellungnahme eingeladen. Wir danken Ihnen für die Einladung und äussern uns wie folgt.

Die GRÜNEN begrüssen, dass die Vorlage der Schiene den Vorrang gibt und unterstützen grundsätzlich einen raschen Ausbau der Bahninfrastruktur inklusive der dafür nötigen Grossprojekte. Den vorgesehenen Ausbau der Autobahnen lehnen sie hingegen ab. Zudem zeigt die Vorlage nicht auf, wie der Bundesrat die Klimaziele im Verkehrsbereich erreichen und die Verkehrswende umsetzen will. Ebenso fehlt der Vorlage ein verbindliches Angebotskonzept für die Bahn.

Nein zum Autobahnausbau: Der Entscheid von 2024 gilt

Die Vorlage missachtet den klar geäusserten Willen der Stimmbevölkerung. Die im November 2024 abgelehnten Nationalstrassenprojekte sind nach wie vor nicht vom Tisch: Mehrere Abschnitte bleiben bis 2045 im Programm und diverse Autobahnabschnitte sollen neu über eine Pannenstreifenumnutzung eine zusätzliche Spur erhalten. Dieser Kapazitätsausbau steht im diametralen Gegensatz zum Entscheid der Stimmbevölkerung.

Ausgerechnet die beiden für den Ausbauschritt 2027 vorgeschlagenen Autobahnprojekte Aarau Ost-Birrfeld und Perly-Bernex sind jene, denen Gutachter Weidmann selbst erst nach 2045 einen tatsächlichen Bedarf attestiert. Die GRÜNEN fordern, diese Projekte aus dem Ausbauschritt 2027 zu streichen. Den Entscheid der Stimmbevölkerung vom November 2024 gilt es zu respektieren: Die GRÜNEN lehnen einen weiteren Ausbau der Nationalstrassen deshalb entschieden ab.

Klimaziele und Verkehrswende bleiben offen

Die Vorlage zeigt nicht, wie der Bundesrat die Klimaziele im Bereich Mobilität erreichen und die Verkehrswende endlich umsetzen will. Eine erkennbare Abwägung zwischen Strasse und Schiene fehlt. Die Schweiz braucht eine Reduktion des Strassenverkehrs, unabhängig vom Anteil der Elektrofahrzeuge. Heute noch Geld für neue Autobahnen auszugeben, ist aus der Zeit gefallen. Die GRÜNEN fordern, dass die Vorlage nachweist, wie sie zur Erreichung der Klimaziele im Verkehrssektor beiträgt.

Rascher Bahnausbau auf gesicherter Grundlage

Die GRÜNEN unterstützen den zügigen Ausbau der Bahninfrastruktur, bei dem auch Grossprojekte realisiert werden. Der Vorlage fehlt zum Zeitpunkt der Vernehmlassung aber ein bahnseitiges Angebotskonzept. Der Ausbaubedarf der Bahninfrastruktur wurde in der Vergangenheit stets aus einem solchen Konzept abgeleitet; dieses Mal fehlt es.

Der Bericht der Eidgenössischen Finanzkontrolle (EFK) vom September 2026 unterstreicht diese Einschätzung auch auf methodischer Ebene. Die Wirtschaftlichkeitsberechnungen für Bahn- und Strassenprojekte weisen erhebliche Mängel auf: Veraltete Zeitkosten- und CO2-Kostenansätze führen regelmässig zu einer Überschätzung des Nutzens von Strassenprojekten. Zudem stützt sich die Priorisierung massgeblich auf ein einzelnes, in seinem Auftrag limitiertes Gutachten. Für die GRÜNEN ist klar: Eine Vorlage von dieser Tragweite darf nicht auf derart unklaren Grundlagen beruhen.

Finanzrahmen für die Bahn zu knapp bemessen

Der Finanzrahmen für die Bahninfrastrukturprojekte muss ausgeweitet werden. Die in der Vorlage vorgesehene 24-Milliarden-Variante ist als Minimum und nicht als Zielgrösse zu verstehen. Bei der Schiene besteht zudem ein grosser Nachholbedarf, sowohl beim Ausbau als auch beim Unterhalt. Die GRÜNEN fordern, zusätzliche Finanzquellen zu erschliessen, damit der Finanzrahmen für die Bahn gesichert ist.

Grimseltunnel: Teures Prestigeprojekt ohne nationalen Nutzen

Die Auswahl der Grossprojekte im Bahnbereich beurteilen die GRÜNEN grundsätzlich positiv – mit Ausnahme des Grimseltunnels, den sie entschieden ablehnen. Das Projekt weist gemäss dem erläuternden Bericht selbst einen NIBA-Wert von 0 auf und wird dennoch priorisiert vorgeschlagen. Dieses unzureichende Kosten-Nutzen-Verhältnis rechtfertigt die Einstufung als Projekt mit oberster Priorität nicht. Seine Wirkung ist zudem nicht national. Die GRÜNEN fordern deshalb, den Grimseltunnel aus der Liste der strategischen Netzelemente mit nationaler Wirkung zu streichen. Die durch den Verzicht freiwerdenden Mittel sollen zugunsten kleinerer, dringender Projekte eingesetzt werden.

Ost-West-Achse muss gestärkt werden

Die Achse Genf-St.Gallen bildet das Rückgrat des Schweizer Bahnnetzes. In der stark wachsenden Genferseeregion fehlt es an Ausweichmöglichkeiten im Bahnnetz und der Abschnitt Morges-Perroy ist ein gravierender Engpass. Die Kapazitätserhöhung auf diesem Abschnitt muss deshalb prioritär und zügig umgesetzt werden, um die Resilienz und die Kapazität der gesamten Ost-West-Achse zu stärken.

Weitere Punkte für eine ausgewogene Verkehrsplanung

Kleinere Bahnprojekte drohen unter die Räder zu kommen: Kleinere, bereits vom Parlament beschlossene Bahnprojekte mit oft hoher Wirkung auf den Modalsplit werden zugunsten der grossen Schlüsselprojekte verdrängt. Ihre volle Wirkung entfalten solche Projekte aber im Zusammenspiel mit den Agglomerationsprogrammen. Die Agglomerationsprogramme müssen deshalb ihrerseits gestärkt werden, unter anderem durch einen höheren Bundesanteil für Tram-, Metro- und Busprojekte aus dem NAF. Für die Finanzierung dieser Projekte muss eine tragfähige Lösung gefunden werden.

Velo- und Fussverkehr brauchen Ressourcen: Velo- und Fussverkehr sind für die Verkehrswende zentral. Staus entstehen in den Spitzenzeiten, weil zu viele Autos gleichzeitig unterwegs sind. Der Velo- und Fussverkehr ist in den Agglomerationen die kostengünstigste und wirksamste Massnahme dagegen, da rund die Hälfte der Fahrten auf Agglomerationsabschnitten der Autobahnen kürzer als 10 km sind. Dafür müssen insbesondere im Rahmen der Agglomerationsprogramme ausreichende Mittel bereitgestellt werden.

Güterverkehr als blinder Fleck der Vorlage: Der Güterverkehr kommt in der Vorlage zu kurz, ein eigenständiges Güterverkehrskapitel fehlt. Die GRÜNEN fordern deshalb eine systematische Prüfung der Auswirkungen der vorgesehenen Infrastrukturausbauten auf die Kapazität und Zuverlässigkeit des Güterverkehrs.

Internationale Planung ohne verbindliches Angebotskonzept: Die internationale Anbindung der Schweiz muss verbunden mit den dafür nötigen Mitteln Priorität geniessen. Die Vorlage sieht zwar eine Sammelposition für grenzüberschreitende Massnahmen vor, ein verbindliches Angebotskonzept für den internationalen Personenverkehr fehlt jedoch vollständig. Dabei ist ein starkes internationales Bahnangebot essenziell, um eine Alternative zum Flugverkehr zu schaffen.

Bündelung von Projekten nur mit getrennten Erlassen: Die GRÜNEN sind mit der Bündelung von Strassen-, Schienen- und Agglomerationsverkehrsprojekten in einer Vorlage grundsätzlich einverstanden, sofern die drei Bereiche in getrennten Erlassen behandelt werden und politisch unabhängig voneinander bleiben. Eine Verknüpfung der Entscheide, die den Ausgang eines Bereichs von der Zustimmung zu einem anderen abhängig macht, lehnen die GRÜNEN ab.

Wir danken Ihnen für die Berücksichtigung unserer Stellungnahme. Für Fragen stehen wir gerne zur Verfügung.

Freundliche Grüsse

Lisa Mazzone
Präsidentin

Miro Poffa
Fachsekretär Umwelt, Energie und Verkehr